

info0726

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Jul/Aug 2026

Bauen, bauen, bauen?

Wohnraum wird immer teurer, egal ob zum Bauen oder zur Miete. Anders gesagt: die Kosten für Miete oder der Kauf einer Wohnung steigen seit langer Zeit erheblich schneller als die verfügbaren Einkommen. Diverse Bundesregierungen, egal ob schwarz-rot, rot-grün oder noch bunter sahen die Lösung im Neubau. Auch in Dorfen wurde im Wahlkampf von allen Parteien dies als wesentlicher Teil der Lösung angesehen. Die Schaffung neuen Wohnraums soll durch Angebotssteigerung eine Preissekung verursachen, so die bilderbuch-kapitalistische Denklogik. Dabei schielen alle auf das Meindlareal und beklagen, dass die Entwick-

lung viel zu langsam voran schreitet. Das sollten wir genauer betrachten.

Derzeit wird am Ruprechtsberg gebaut, es entstehen 60 Wohnungen. Vor wenigen Wochen wurde ein Neubau in der Zöpfstrasse genehmigt. Dort sollen 25 Wohnungen gebaut werden. Letztes Jahr wurden mehrere Wohnanlagen an der Jahnstraße und der zweite Bauabschnitt in der Bahnhofstraße fertig gestellt. Zusammen fast 100 Wohnungen. Und in den Jahren davor war es nicht anders: der letzte Mikrozensus weist für die Jahre 2015 bis 2022 34 fertig gestellte Mehrfamilienhäuser aus, also 4,25 durchschnittlich im Jahr. Außerdem wurden 207 Ein- und 43 Zweifamilien-

häuser in diesem Zeitraum fertig gestellt. So wenig ist das nicht. Trotzdem steigen die Mieten weiter.

Schauen wir das mal an einem Beispiel genauer an: In der Zöpfstrasse wird die günstigste Zweizimmerwohnung mit einem Stellplatz in der Tiefgarage für 440.900 € angeboten. Dazu kommen 3,5 % Grunderwerbsteuer, also 15.431,50 €. Zusammen etwa 456.300 €. Will der künftige Eigentümer nur 3 % Rendite daraus, macht das 13.689 € im Jahr oder 1.140 € im Monat. Dazu kommen Nebenkosten von etwa 180 € im Monat. Zusammen 1.320 € für 2 Zimmer mit 57 m², davon 5 m³ Balkon. Bezahlbarer Wohnraum ist das nicht. Und das ist auch

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, zum Reden, Lernen, Handeln - Interesse? Dann schreib uns oder komm zu unseren Offenen Treffen an jedem 2. Montag um 19 Uhr im GIKS - die Termine findest du auf der letzten Seite.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf agi-dorfen.org/info heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per E-Mail an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

in Zukunft nicht anders zu erwarten. Egal ob die Bauträger Decker, Maier, Anger und Groh, Sperr und Zeller oder Schmid heißen.

Seit langer Zeit beobachten wir das Gegenteil: für jeden Neubau werden höhere Mieten aufgerufen. Im obigen Beispiel sprechen wir von 20 € Kaltmiete, über 23 € warm für einen m². Daran orientieren sich alle, die eine Wohnung zu vermieten haben spätestens bei einem Mieter:innenwechsel oder der nächsten Mieterhöhung.

Warum ist das so? Bauträger haben ein Interesse an höheren Mieten. Nur über immer höhere Mieten lassen sich immer höhere Verkaufspreise rechtfertigen. Auch ist nicht zu vergessen: Das Ende der Finanzkrise markierte den Beginn eines Immobilienmarktes in dem, angesprochen von immer niedrigeren Zinsen, neue Bauvorhaben der Bauträger regelmäßig bereits vor Baubeginn verkauft waren. Preise wurden nicht mehr kalkuliert, wer ein neues Angebot hatte, wusste wieviel der andere zuletzt verlangt hatte und verlangte noch ein bisschen mehr. Inzwischen läuft der Verkauf nicht mehr ganz so gut, trotzdem reduzieren die Bauträger die Preise nicht und lassen die Objekte lieber leer stehen.

Da nun seit einigen Jahren die Zinsen wieder gestiegen sind, die Preise für Immobilien aber nicht fallen, wäre die naheliegendste Lösung die verfügbaren Einkommen zu steigern, damit das Verhältnis zu den Immobilienpreisen wieder stimmt. Aus Gesprächen mit einem unserer örtlichen Bauträger kann ich sagen: Ein mildes Lächeln für so viel Unvernunft bis hin zur völligen Gesichtsentsgleisung und ein schnelles Ende des Gesprächs waren die erwartbaren Reaktionen. An Geld mangelt es nach den goldenen Jahren dabei nicht. Aber was man hat, will man nicht mehr hergeben, wäre die ehrliche Antwort gewesen. Das kennt ihr ja auch von euren Chefs.

Warum also soll im Neubau die Lösung liegen? Das sollten wir die Menschen fragen, die uns dieses Versprechen präsentieren und jetzt für die nächsten Jahre in der Kommunalpolitik tätig sind. Es fällt schwer, den Sinn des Ganzen zu erkennen. Dies gilt zumindest solange Bauträger die Neubautätigkeit beherrschen.

Über Leerstand wird in diesem Zusammenhang auch viel gesprochen und gemutmaßt, wo dieser sei. Einige Objekte sind allgemein bekannt. So das Schmedererhaus und das Gasthaus Dorfener Stuben am Johannisplatz. Erinnern wir uns an das Kamperhaus, ‚Das Haus mit dem Fisch‘, in

der Apothekergasse, heute das unter dem Namen ‚Stadtpalais‘ vermarktete und gebaute Haus. Alles steht oder stand jahrelang leer. Wohnen hätte darin kaum jemand wollen. Das sind aber genau wie die oben genannten Adressen am Ruprechtsberg, der Jahn-, der Bahnhof- oder der Zöpfstrasse Häuser, in denen keine einzige bezahlbare Wohnung entstanden ist. Sie standen oder stehen aus Spe-

kulationsgründen jahrelang leer und werden anschließend abgerissen, neu bebaut und zu immer neuen Höchstpreisen verkauft.

Der gravierende Fehler ist, dass die Stadt keinen Anteil am extremen Wertzuwachs hat. Es ist nicht eine einzige Sozialwohnung oder eine Wohnung mit gedeckelter Miete entstanden. Zyniker verweisen hier an die Bauträger als Steuerzahler oder weisen darauf hin, dass die Stadt nicht verzerrend am Immobilienmarkt eingreifen darf, wie der ehemalige Bürgermeister Herr Grundner, als er am CSU Infostand auf die Zöpfstrasse oder die Mooswiese angesprochen wurde.



Am Ruprechtsberg in Dorfen entstehen derzeit 60 Wohneinheiten. Die Kaufpreise liegen zwischen knapp 6000.- und gut 8000.- Euro/m².

Ein vorgeschobenes Argument, andere Kommunen schaffen das auch. Mit dem Etikett „Nachverdichtung“ wurden diese Bauten genehmigt. Die Stadt trägt die Folgekosten im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, aber entwickelt kein Instrument wie zum Beispiel regulierende Bebauungspläne in den Gebieten mit in die Jahre gekommenem Bestand. Der Stadtrat sollte im ersten Schritt ermitteln lassen wo diese Gebiete sind und dann handeln.

Ob der Leerstand an bewohnbaren Wohnungen tatsächlich in Dorfen einen Beitrag zur Lösung bringt, muss noch ermittelt werden. Es erscheint aber zweifelhaft, weil dahin-

ter der Glaube an einen funktionierenden Markt steht: es muss nur genug Angebot geben, dann sinkt der Preis. Vergessen wird dabei der Nachfragedruck aus München. Und die Marktmacht der Bauträger. Machen wir uns nichts vor - der Markt regelt auch hier nichts in unserem Sinne. Wir müssen das in die Hand nehmen, sowie die von uns gewählten Stadträt:innen. Und wir sollten mal ehrlich darüber reden, ob wir nicht eigentlich genug Wohnraum haben, der nur von zu wenig Leuten bewohnt wird. Solidarische Lösungen wären hier auch ökologische Lösungen.

PK

Drohnen statt Wohnen

Erding droht zum deutschen Hotspot für neue Kriegstechnologien zu werden

Im Jahre 1935 ließ das Nazi-Regime in Erding den Fliegerhorst errichten. Der neue Militärflughafen war Teil eines gigantischen Aufrüstungsprogramms und der Vorbereitung auf den vier Jahre später von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 wurde der Fliegerhorst weiter militärisch genutzt: Zunächst von der *US-Air-Force* und ab Gründung der *Bundeswehr* im Jahre 1955 von dieser als Flughafen sowie als Instandsetzungs- und Versorgungszentrum.

Seit 1990 ging die militärische Nutzung des Fliegerhorsts jedoch stark zurück und 2011 kündigte die *Bundeswehr* ihren völligen Abzug bis Ende 2024 und die Übergabe des gesamten Geländes an die Stadt Erding an.¹ Im Erdinger Rathaus begannen daraufhin die Planungen für einen neuen Stadtteil im Nordosten, die mit einem städteplanerischen Wettbewerb 2021 ihr vorläufiges Ergebnis fanden:

Ein neuer Bahnhof, dahinter weitläufige Wohnbebauung mit Gewerbe- und Freizeiteinheiten, alles gut gemischt und ziemlich grün.²

Doch im Zuge der von Scholz 2022 ausgerufenen ‚Zeitewende‘ und der seitdem galoppierenden Militarisierung wurde die Konversion widerrufen und eine weitere militärische Nutzung des Fliegerhorsts beschlossen. In enger Kooperation von Bundesverteidigungsministerium, Land Bayern, Stadt Erding, TU München sowie weiteren Institutionen und Unternehmen soll Erding nun sogar zum „Knotenpunkt des bayerischen Defense-Ökosystems“ werden.

Dass in München und Bayern immer schon große Waffenschmieden beheimatet waren, ist bekannt. Aktuell möchte die CSU-FW-Regierung den Freistaat aber dauerhaft zur europaweit führenden Region in Sachen militärischer Forschung und neuen Kriegstechnologien machen. Ihre

beharrliche kapital- und militärfreundliche Politik hat bereits dazu geführt, dass im Großraum München neben zahlreichen Bundeswehreinrichtungen und traditionellen Rüstungsbetrieben mittlerweile auch viele Start-Ups und Projekte ansiedelten, die sich hier beste Betreuung und Unterstützung von der Politik und damit gute Profite versprechen.

Das als ‚Defense Lab Erding‘ (DLE) betitelte Projekt soll dazu Wesentliches leisten: Als ‚Kreativlabor‘ soll es Tüftlern und Forschenden sowohl technisch wie finanziell alles bieten, um möglichst rasch und insbesondere im Bereich autonomer Waffensysteme und KI Ergebnisse zu liefern. Dazu sollen zivile Tech-Entwicklungen und -Kompetenzen auf ihre etwaigen militärischen Nutzen abgeprüft und ggf. dafür eingebunden werden. Es gilt offenbar, möglichst wenig einengende Vorgaben zu machen, um

kein Potenzial ungenutzt zu lassen, das Deutschland auf seinem Weg zur konventionell stärksten Armee in Europa nützlich sein könnte. Im DLE soll das Zusammenspiel von unternehmerischer Dynamik, wissenschaftlicher Forschung und militärischer Strategie Innovationen generieren, die den Geldgebern Profite und dem Staat eine baldige Kriegsfähigkeit bescheren.

Defense-Ökosystem?

Wer eine derartige Verflechtung militärischer und wirtschaftlicher Interessen vorantreibt und sie der Öffentlichkeit als sinnvolle Entwicklung verkaufen will, der mag das Ganze heuchlerisch ein „Defense-Ökosystem“ nennen. Wer aber um das Verhängnis einer solchen Machtzusammenballung weiß, der nennt es zutreffender, wie 1961 der us-amerikanische Präsident Eisenhower, einen gefährlichen „militärisch-industriellen Komplex“ (MIK). In seiner Abschiedsrede hatte er damals davor gewarnt, der MIK in den USA würde, eigenen Macht- und Profitinteressen folgend, zunehmend militärische ‚Konfliktlösungen‘ initiieren und dabei die repräsentativ-demokratische Verfasstheit der USA unterminieren.

Heute, 65 Jahre und viele Überfälle, Bombardierungen und Kriege der USA später, wissen wir, wie sehr diese Sorge berechtigt war.

Lesetipp

Der neue KI-Rüstungskomplex

<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-neue-ki-ruestungs-komplex>



„... für das Gefechtsfeld von morgen“

Das DLE startet erstmal auf einer 22 Hektar großen Teilfläche des Fliegerhorsts (Gesamtfläche etwa 442 Hektar), die der Stadt Erding übertragen wird. Im Februar 2026 gings dort bereits los mit der Eröffnung eines *Innovationszentrums der Bundeswehr (InnoZBw)* und im Mai folgte das *Drohnenkompetenz- und Abwehrzentrum (DKAZ)* der bayerischen Polizei. Zentrale Stelle für den weiteren Aufbau des DLE ist das *TechHUB SVI*, das koordiniert von *Bayern innovativ* nach Partnern aus Wirtschaft, Forschung und Militär sucht. Für 16. September lädt es z.B. in den Fliegerhorst zu einer geschlossenen Veranstaltung mit dem Titel „Defence TechDay 2026: Technologische Dominanz im Einsatz“. Im Einladungstext heisst es: „*Erleben Sie vernetzte Technologien für das Gefechtsfeld von morgen live am Fliegerhorst Erding. Wir zeigen Innovationen für die Bundeswehr jenseits von Power Point – praxisnah, systemisch*

und einsatzbereit. Sichern Sie sich Ihren Platz im nationalen Verteidigungs-Ökosystem und gestalten Sie aktiv die technologische Souveränität Deutschlands.... der Defence TechDay International Day [rückt] die technologische Substanz in den Mittelpunkt. Es geht um die Beantwortung der Frage, wie disruptive Innovationen die Überlegenheit in zukünftigen Szenarien sicherstellen.“¹³

Der Einladungstext lässt erkennen, welche tatsächlichen Ambitionen hinter so schönfärberischen Worten wie ‚Verteidigung‘ und ‚Ökosystem‘ lauern: Deutschland strebt rasche technologische Dominanz und militärische Überlegenheit an, um künftige Kriege zu gewinnen. Wer das Ende eines solchen Krieges dann überhaupt noch erlebt, ist wohl kein Thema auf dem Defence TechDay. Die Bevölkerung von Erding und Umgebung muss jedenfalls befürchten, nicht dazuzugehören. Denn wie die jüngsten Kriege in der Ukraine/Russland und Iran zeigen, sind Anwohner:innen von Primärzielen, wie es das DLE wohl eines wäre, einem extrem hohen Risiko ausgesetzt.

SB

- 1 https://de.wikipedia.org/wiki/Fliegerhorst_Erding
- 2 <https://www.erding.de/konversion>
- 3 <https://www.bayern-innovativ.de/events-terminer/sicherheit/detail/defence-techday-2026-technologisdominanz-im-einsatz/>- abgerufen am 28.6.26

Der Kampf um die Rente

Die Details der Reformdiskussion verdecken, worum es wirklich geht: um die Interessen der Finanzindustrie

Aktuell wird darüber diskutiert, mehr über die Sozialversicherungen umzuverteilen. Dabei geht es vor allem um die Krankenkassen und die Rentenversicherung. In der Diskussion ist unter anderem, die Beitragsbemessungsgrenzen anzuheben. Das würde dazu führen, dass Gutverdienende mehr zahlen müssten. Außerdem sollen mehr Statusgruppen und Einkommensarten einzahlen, also Selbstständige, Beamt*innen, Abgeordnete, Dividenden etc.

In der Diskussion werden immer wieder Dinge miteinander vermischt, was es Konservativen und Liberalen teils sehr einfach macht, an sich sinnvolle Forderungen abzuräumen. Sortieren wir ein bisschen: Für die Krankenkassen hätte die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze tatsächlich einen umverteilenden Effekt. Das liegt daran, dass diese im strengen Sinne keine Versicherungen

sind, sondern eben Kassen. Die Leistung ist nicht daran gebunden, was ich einzahle. Egal, wie viel ich einzahle, ich habe immer den Anspruch auf die gleichen Leistungen, vom Krankengeld mal abgesehen. Obwohl die Krankenkasse einen einheitlichen Beitragssatz hat, ist sie dadurch tatsächlich ein Solidarsystem, in dem bis zu einem gewissen Grad Umverteilung stattfinden kann.

Das ist bei der Rentenkasse schon komplizierter. Hier nimmt mit der Höhe der Einzahlungen auch die Höhe der Ansprüche zu. Die Beitragsbemessungsgrenze – der Höchstbetrag, bis zu dem für Arbeitseinkommen Rentenversicherungspflicht besteht; seit diesem Jahr 8.450 Euro im Monat – ist hier ein doppelter Deckel. Sie deckelt, was ich maximal einbezahlen muss. Sie deckelt darüber aber auch, was ich am Ende herausbekomme. Wird der Deckel angehoben, zahle ich zwar mehr ein, sammle aber auch mehr

Ansprüche. Das ließe sich nur ändern, wenn man das Äquivalenzprinzip aufweichen würde – ich also für mein eingezahltes Geld eine relativ geringere Rente bekäme (wie es etwa in der Schweiz der Fall ist). Zwar gilt das Äquivalenzprinzip in der deutschen Rentenversicherung nicht durchgängig. So können Ansprüche erworben werden, ohne dass Geld eingezahlt worden ist (z.B. Mütterrente, Pflege- und Erziehungszeiten). Aber die Gleichwertigkeit der Rentenpunkte ist in dem System fest verankert. Sinnvoller wäre es da, den Spitzensteuersatz hochzusetzen, Vermögens- und Erbschaftssteuer scharfzustellen und das Geld dann in die Rentenkasse einzuzahlen. Dann wäre klar, dass es hier um Umverteilung geht.

Komplexer wird es bei der Einbeziehung anderer Einkommensarten. Hier gilt erst mal das gleiche Prinzip. Würden etwa Beamt*innen in die Rentenkassen einzahlen,

würden sie damit auch Ansprüche erwerben. Das käme den Staat teuer zu stehen. Er müsste weiterhin die Pensionen der heutigen pensionierten Beamt*innen zahlen und gleichzeitig als Arbeitgeber laufende Rentenbeiträge für die aktiven Beamt*innen aufbringen. Hier ließe sich perspektivisch nur sparen, wenn mit der Einbeziehung in die normale Rentenversicherung auch die Ansprüche abgesenkt würden. Das wird aber zumindest von den Politiker*innen, die das gerade in die Debatte einbringen, selten offen ausgesprochen. Um sich von solchen Rücksichtsnahmen frei zu machen, hat die Regierung die Rentenkommission eingesetzt. In den jetzt bekannt gewordenen Vorschlägen liegt der Schwerpunkt in dieser Frage auf der Absenkung der Altersversorgung für Beamt*innen.

Anders wäre das z.B. bei Selbstständigen oder Dividendenbezieher*innen. Bei denen würde zwar ebenfalls gelten, dass sie das, was sie jetzt einzahlen, auch später als Anspruch herausbekommen. Aber trotzdem könnte das helfen, das Rentenproblem zu lösen. Dafür muss man genauer eingrenzen, was das Renten-»Problem« eigentlich ist.

Weil die Menschen während der Nachkriegsprosperität erst mal mehr Kinder bekommen haben und dann mit Emanzi-

pation und Pille ein deutlicher Geburtenknick entstanden ist, schiebt die deutsche Gesellschaft einen demografischen Dromedar-Höcker vor sich her. Wenn jetzt die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, verschlechtert sich statistisch für ca. zwei Jahrzehnte das Verhältnis von Erwerbstätigen und Renter*innen deutlich. (Das »Problem« ist im Übrigen deshalb nicht so groß wie gezeichnet, weil es gleichzeitig auch weniger Kinder zu versorgen gibt und damit der Transfer von der Arbeitsbevölkerung zu den noch nicht Arbeitenden geringer wird.)



analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Der Dromedar-Höcker ist also ein temporäres Problem. Würde man jetzt zusätzliche Gruppen in die Rente einzahlen lassen, würden die in einem Umlagesystem zunächst mal die Ansprüche der jetzigen Renter*innen finanzieren. Ihre eigenen Ansprüche würden dann von den späteren Generationen finanziert werden, wenn der Dromedar-Höcker abgeflacht ist.

Warum wird diese Auseinandersetzung dann trotzdem so erbittert geführt? Weil es dabei nicht nur um die Finanzierung der bestehenden Rentenversicherung geht. Gleichzeitig wird die Privatisierung der gesetzlichen Rente vorangetrieben. (ak 722) Begründet wird das mit höheren Renditen, die an den Kapitalmärkten winken, und einer vermeintlich geringeren Abhängigkeit von der Demografie. Doch kapitalgedeckte Renten nutzen vorwiegend Banken, Fonds und Versicherungen. Und schon der Sozialökonom Gerhard Mackenroth wusste, dass die berufstätige Generation auch mit dem Kapitaldeckungsverfahren stets einen Teil des von ihr produzierten Wohlstands an die Rentner*innen-Generation abgeben muss. Denn es gibt keine andere Quelle für Güter und Dienstleistungen als ihre Arbeit. (Siehe ak 721)

Daher ist das eigentliche Problem in der Rentendebatte kein technisches, sondern der Umstand, dass die Finanzindustrie endlich an das Rentensystem als Spekulationsobjekt ran will. Deshalb wird systematisch eine sachliche Diskussion über dieses Thema verhindert.

Kalle Kunkel

Diesen Artikel haben wir der Onlineausgabe von *ak - analyse & kritik* entnommen: <https://www.akweb.de/politik/kampf-um-die-rente-rentenreform-umverteilung-finanzmarkt-spekulation-rentensystem/>

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

6.7.26 | 19:30

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Dorfen

8.7.26 | 20:00

BigTech, Künstliche Intelligenz und Faschisierung

Vortrag + Disk. mit capulcu

Ort: Kulturladen Westend (M)

9.7.26 | 19:00

Zeitenwende in Bildung,

Hochschulen und For-

schung VA mit Christoph

Marischka (IMI Tübingen)

Ort: Rieblwirt, Landshut

13.7.26 | 19:00

Offenes Treffen der AGI

Das Thema gibts ab 6.7. online

Ort: GIKS, Dorfen

20.7.26 | 19:30

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Dorfen

21.7.26 | 19:30

Lest mich - Geschichten aus

der Geschichte - von Oskar

Maria Graf Veranstalterin:

Geschichtswerkstatt Dorfen

Ort: GIKS, Dorfen

27.7.26 | 19:00

Offenes Treffen der AGI

Das Thema gibts ab 20.7. online

Ort: GIKS, Dorfen

3.8.26 | 19:30

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Dorfen

10.8.26 | 19:00

Offenes Treffen der AGI

Das Thema gibts ab 10.8. online

Ort: GIKS, Dorfen

17.8.26 | 19:30

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Dorfen

24.8.26 | 19:00

Offenes Treffen der AGI

Das Thema gibts ab 17.8. online

Ort: GIKS, Dorfen

31.8.26 | 19:30

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Dorfen

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**



ROTE HILFE

Ortsgruppe Landshut

landshut@rote-hilfe.de

HALLO

WIE

GEHT 'S

EIGENTLICH DEM REST
DER WELT?

Solidarische Hilfe.
Globale Gerechtigkeit.
medico.de



medico international

GIKS

Laden für **Geschichte,**
Internationalismus,
Kultur und Solidarität



Öffnungszeiten:

Freitag 15 bis 18 Uhr
und bei Veranstaltungen

Kirchtorplatz 4, Dorfen

www.giks-dorfen.org